

Die Schweiz nimmt an der Globalen Partnerschaft gegen die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen teil

Die Schweiz trat im Mai 2003 der "Globalen Partnerschaft" bei. Diese Partnerschaft wurde im Juni 2002 von den G8-Mitgliedstaaten gegründet mit dem Ziel, Terroristen oder diejenigen, die ihnen Unterschlupf gewähren, am Zugang zu Massenvernichtungswaffen zu hindern. Die Mitgliedstaaten erklärten, über 10 Jahre bis zu 20 Milliarden US-Dollar für die Abrüstung und Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen bereitzustellen. Diese Gelder sollen in erster Linie Projekten in Russland zugute kommen. Die Mitgliedstaaten riefen andere Staaten dazu auf, sich an der Partnerschaft zu beteiligen. Die Prioritäten der Partnerschaft sind: Unterstützung der Chemiewaffenabrüstung, Entsorgung der ausrangierten Nuklear-U-Boote und des spaltbaren Materials sowie die zivile Beschäftigung jener Wissenschaftler, die über ein Know-how über Massenvernichtungswaffen verfügen.

Die Partnerschaft ermöglicht der Schweiz, ihren Beitrag an die Chemiewaffenabrüstung in Russland noch stärker mit den Anstrengungen anderer Geberstaaten zu koordinieren. Zudem erhält die Schweiz günstigere Rahmenbedingungen für ihre Projekte. Dazu gehören beispielsweise die Befreiung der Unterstützung von Steuern des Empfängerlandes und Regelungen betreffend allfällige Haftpflichtansprüche Dritter. Für die Schweiz entstehen durch die Teilnahme an der Partnerschaft keine zusätzlichen finanziellen Verpflichtungen zu den bereits vom Parlament genehmigten Mitteln für die Unterstützung der weltweiten Chemiewaffenabrüstung. Die Teilnahme erfolgte in Form einer rechtlich unverbindlichen Absichtserklärung. Es steht der Schweiz zudem frei, das konkrete Vorgehen innerhalb der vorgegebenen Zielsetzungen selber zu wählen.

Chemiewaffenbestände in Russland

Auf dem Territorium der Russischen Föderation lagern rund 40 000 Tonnen chemische Kampfstoffe, die Mehrheit der weltweit deklarierten Bestände von ungefähr 70 000 Tonnen. Die Kampfstoffe sind auf sieben Lager verteilt (siehe Karte). Mit Ausnahme des Lagers von Schtschuschje befinden sich alle Lager im europäischen Teil der Russischen Föderation, also westlich des Urals.

Hautgifte

In den Lagern Gorny und Kambarka befinden sich ca. 7500 Tonnen Hautgifte, Yperit (Senggas) und Lewisit bzw. ein Gemisch beider Substanzen. Diese Kampfstoffe bewirken beim Opfer durch Hautkontakt oder durch Einatmen Verätzungen. Diese Substanzen werden in Gorny und Kambarka in 50 m³ grossen Tanks und in Fässern gelagert und sind

somit nicht munitioniert. Nur am Standort Kisner ist zusätzlich eine geringe Menge mit Hautgift gefüllter Munition vorhanden.

Nervengifte

In Kisner und in den übrigen vier Lagern Schtschuschje, Maradikowa, Potscheb und Leonidowka werden über 32 000 Tonnen Nervengifte aufbewahrt. Nervengifte wirken ebenfalls, je nach Typ des Kampfstoffs, durch Einatmen oder Hautkontakt und führen zu Lähmungen mit meist tödlicher Folge. Die Nervengifte werden in den diversen russischen Lagerstätten als Artilleriemunition (Schtschuschje, Kisner) oder als Fliegerbomben und Sprühtanks (Maradikowa, Leonidowka, Potscheb) gelagert.



Foto: Jacques Baud / NASA

Links:

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten:

www.eda.admin.ch

Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS):

www.vbs-ddps.ch

Generalstab:

www.vbs-ddps.ch/internet/groupgst/de/home

Labor Spiez:

www.labor-spiez.ch

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten, EDA
Zentrum für Internationale Sicherheitspolitik
Monbijoustrasse 20
CH - 3003 Bern
ZISP@eda.admin.ch

SWISS UPDATE

Chemiewaffenabrüstung Désarmement chimique Chemical Disarmament

Internationale Sicherheitspolitik der Schweiz

Juli 2003

Chemiewaffenabrüstung: Was tut die Schweiz?

Weltweit lagern rund 70 000 Tonnen deklarierte Chemiewaffenbestände, hauptsächlich Altlasten des Kalten Krieges.

Mit dem Ziel, diese Bestände zu vernichten, schuf die internationale Staatengemeinschaft 1993 das Chemiewaffenübereinkommen (CWÜ). Trotz einiger Erfolge ist heute die vollständige Umsetzung des CWÜ jedoch gefährdet. Denn insbesondere die Russische Föderation als grösster Besitzer von Chemiewaffen hat Schwierigkeiten, ihre Waffenarsenale fristgerecht zu zerstören.

Als Vertragsstaat des CWÜ stellt die Schweiz rund 17 Millionen Schweizer Franken für Projekte in Russland und anderen Ländern für die Vernichtung von Chemiewaffen zur Verfügung.

Ihre Teilnahme an der "Globalen Partnerschaft" gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen verleiht ihrem Engagement in der Chemiewaffenabrüstung Nachdruck.

Mit der Unterzeichnung des Chemiewaffenübereinkommens (CWÜ) gelang der internationalen Staatengemeinschaft 1993 ein Durchbruch in der globalen Abrüstung. Es handelt sich dabei um das einzige Übereinkommen, das die überprüfbare ▶

"Die Schweiz trägt mit ihrem Engagement zur Verwirklichung der Vision einer Welt ohne Chemiewaffen bei."
Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten.

Was sind Chemiewaffen?

Das Chemiewaffenübereinkommen (CWÜ) bezeichnet als chemische Waffen neben den toxischen Chemikalien auch Munition und Geräte, die zu deren Freisetzung und Verbreitung dienen. Chemische Waffen gehören zusammen mit den biologischen und nuklearen Waffen zur Kategorie der so genannten Massenvernichtungswaffen. Diese zeichnen sich dadurch aus, dass sie Menschen und Güter in grossem Ausmass schädigen oder vernichten und keinen Unterschied zwischen zivilen und militärischen Zielen machen.



Foto: ZISP



Wann wurden zum ersten Mal moderne chemische Waffen eingesetzt?

Schon im Altertum wurden chemische Substanzen zur Kriegsführung gebraucht, als Geburtsstunde der modernen Chemiewaffe gilt dennoch der 22. April 1915, als ein deutscher Chlorgas-Angriff bei Ypern 5'000 Tote und 10'000 Verätzte forderte. Die Schrecken des Ersten Weltkriegs und seine Folgen führten 1925 zur Unterzeichnung des Genfer Protokolls. Dieses verbot zwar den Einsatz von chemischen Waffen, erlaubte aber weiterhin deren Entwicklung, Herstellung und Lagerung. Ungeachtet dieser Anstrengungen wurde sowohl in der Zwischenkriegszeit als auch während des Kalten Krieges die Erforschung und Entwicklung neuer giftiger Kampfstoffe fortgesetzt, welche in einer Reihe von Konflikten namentlich in Afrika (italienische Invasion in Äthiopien), Asien (Vietnam und Korea) und im Mittleren Osten (Iran-Irak) zum Einsatz kamen.

Reaktion der internationalen Staatengemeinschaft

Der 1. Golfkrieg hat die Gefahren einer unkontrollierten Proliferation von chemischen Waffen evident werden lassen und die Staatengemeinschaft von der Notwendigkeit der Einführung eines wirksamen rechtlichen Mechanismus überzeugt, der nicht nur die Kontrolle solcher Waffen sicherstellen, sondern auch deren endgültige Vernichtung zum Ziel haben soll. So wurde 1993 das CWÜ zur Unterzeichnung aufgelegt, das 1997 in Kraft trat.

Neue Bedrohungen

In den letzten Jahren ist eine neue Gefahr aufgetaucht, nämlich diejenige, dass chemische Waffen und Kampfstoffe – die im Vergleich zu Atomwaffen leichter und billiger herstellbar sind – von nichtstaatlichen Akteuren eingesetzt werden. Diesen neuen Bedrohungen kann nur mit einer Stärkung der bestehenden Kontrollsysteme, der Vernichtung der Lagerbestände und einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Staaten begegnet werden.

➔ vollständige Vernichtung einer ganzen Klasse von Massenvernichtungswaffen vorsieht. Deshalb besitzt das Übereinkommen auch für die Schweiz grosse sicherheitspolitische Bedeutung.

Das CWÜ

Das Chemiewaffenübereinkommen verbietet die Entwicklung, die Herstellung, den Besitz, die Weitergabe und den Einsatz von chemischen Waffen. Vorhandene Bestände sind durch die Vertragsparteien zu deklarieren und unter internationaler Aufsicht bis zum Jahr 2007, spätestens aber bis 2012, zu vernichten.

Überwachung und Kontrolle

Für die Überwachung und Kontrolle der Umsetzung schufen die Vertragsparteien die unabhängige „Organisation für das Verbot chemischer Waffen“ (OPCW) mit Sitz in Den Haag. Seit Inkrafttreten 1997 ratifizierten 152 Staaten das Übereinkommen. Fünf Länder deklarierten den Besitz von Chemiewaffen. Dazu gehören: die



Hauptsitz der OPCW in Den Haag

Foto: OPCW

Vereinigten Staaten, Russland, Indien, Südkorea und Albanien. Russland ist mit 40 000 Tonnen der weltweit 70 000 Tonnen deklarierten Bestände der grösste Besitzer von Chemiewaffen.

Stockende Umsetzung des CWÜ

Anhin wurden 10 Prozent - rund 7000 Tonnen - der deklarierten Chemiewaffenbestände vernichtet. Dennoch ist der Prozess der Chemiewaffenabrüstung ins Stocken geraten. Während die USA, Indien und Südkorea ihre Bestände weitgehend planmässig beseitigen und die erst kürzlich in Albanien deklarierten Bestände verhältnismässig gering sind, hat sich in der Russischen Föderation wegen wirtschaftlicher und finanzieller Schwierigkeiten die Vernichtung verzögert. Deshalb verstärkten verschiedene Staaten, in erster Linie die USA, ihre Unterstützung der Chemiewaffenabrüstung in Russland. Gleichzeitig erhöhte die russische Regierung ihre Bemühungen zur Umsetzung des CWÜ und arbeitete einen verbesserten Vernichtungsplan aus.

Schweizer Unterstützung für Russland

Grundsätzlich besteht die Schweiz darauf, dass - wie im CWÜ festgelegt - die Verantwortung für die Abrüstung bei

jenen Staaten liegt, die Chemiewaffen hergestellt haben. Aus sicherheitspolitischen und ökologischen Gründen hat aber auch die Schweiz ein Interesse, sich dem internationalen Engagement anzuschliessen und die Vernichtung von Chemiewaffen in Russland und anderen Ländern zu fördern.

Green Cross

Einen ersten Beitrag zur Umsetzung der Chemiewaffenabrüstung in der Russischen Föderation leistete das EDA durch die Mitfinanzierung in der Höhe von 3 Millionen Schweizer Franken des Projekts Chemtrust von Green Cross, einer Nichtregierungsorganisation, die sich für die Sanierung von Altlasten aus der Zeit des Kalten Krieges einsetzt. Chemtrust bezweckt, durch eine Informationskampagne die Akzeptanz der Chemiewaffenabrüstung in der Bevölkerung und der lokalen Verwaltung zu stärken.

Rahmenkredit

In Erfüllung einer Motion von Ständerat Paupé verabschiedete der Bundesrat im September 2002 zudem eine Botschaft, die einen Rahmenkredit von 17 Millionen Schweizer Franken zur Unterstützung der weltweiten Chemiewaffenabrüstung vorsieht. Der Schwerpunkt der dadurch finanzierten Projekte soll in Russland liegen und nach Möglichkeit einen direkten Beitrag zur Vernichtung leisten. Da die konkreten russischen Bedürfnisse bezüglich Vernichtung zum Teil noch offen sind, behält die Schweiz einstweilen mehrere Projektoptionen im Auge. Das Parlament stimmte dem Gesetz, welches diesen Kredit ermöglicht, im März 2003 einstimmig zu.

„Globale Partnerschaft“

Die Schweiz verleiht ihrem Engagement für die Chemiewaffenabrüstung mit ihrer Teilnahme an der „Globalen Partnerschaft“ gegen die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen Nachdruck (siehe Kasten). Diese Partnerschaft eröffnet der Schweiz die Möglichkeit, ihre Unterstützung mit anderen Geberländern noch besser zu koordinieren.



Foto: Labor Spiez

Schweizer Expertise für das CWÜ

Die Schweiz spielt bei der Umsetzung des CWÜ eine wichtige Rolle. So bildet sie Inspektoren der OPCW in der Industrieverifikation aus. Als eines von zwölf designierten Fachlabors arbeitet das Labor Spiez, die Fachstelle des Bundes für atomare-, biologische- und chemische Bedrohungen, eng mit der OPCW zusammen.

Im Weiteren hält die Schweiz für die OPCW Schutz- und Dekontaminationsmaterial für 10 000 Personen sowie Nachweisgeräte zur Verfügung für den Fall, dass ein Vertragsstaat mit chemischen Waffen angegriffen werden sollte. Fachleute des Generalstabs im Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) bilden in der Schweiz ausländische Instruktoren aus, um den korrekten Einsatz dieses Materials sicherzustellen.



Foto: ZISP